Basiswissen:
Extremismus, Radikalisierung und Prävention

Kapitel 5

Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

Folgende Fragen werden thematisiert:

- Mit welcher Ausgangslage ist die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland konfrontiert?
- Wie sieht die Präventions- und Deradikalisierungslandschaft in Deutschland derzeit aus?
- Was verstehen wir unter Präventionsarbeit?
- Was ist Gegenstand der Deradikalisierungsarbeit?
- Wo steht die Radikalisierungs- und Deradikalisierungsforschung aktuell?

Zusätzlich werden die inhaltlichen Schwerpunkte und einige Praxisbeispiele der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit beschrieben und die Ebenen erläutert, auf denen sich der Deradikalisierungsprozess vollzieht.

5. Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

Mit welcher Ausgangslage ist die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland konfrontiert?

Im Nachfolgenden werden extremistische Szenen und die Einschätzungen seitens staatlicher Behörden zur derzeitigen Bedrohungslage dargestellt, um die Ausgangslage und damit die Relevanz der Handlungsfelder für den deutschen Kontext zu erläutern. Dabei soll dieses Kapitel lediglich einen Einblick geben, der durch die Lektüre weiterer Aufsätze – siehe u.a. das „Dossier Rechtsextremismus“ und das „Dossier Linksextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung – ausgeweitet werden kann. Außerdem können Sie auf die Informationen in Kapitel 3 („Was ist Extremismus? – Eine Einführung“) zurückgreifen.

Die Bezeichnungen „Personenpotenzial“ und „Gefahrenpotenzial“ werden im Rahmen der Verfassungsschutzberichte verwendet. Gemeint ist hier die Anzahl der Anhänger*innen bzw. das Ausmaß der Gefährdung, das von einzelnen extremistischen Szenen ausgeht.

Rechtsextremismus: Zahlen und Fakten

Das Personenpotenzial des Rechtsextremismus wurde im Verfassungsschutzbericht von 2021 auf insgesamt 35.300 (nach Abzug von Mehrfachmitgliederschaften) beziffert, davon zählen 13.500 Personen zu gewaltorientierten Rechtsextremist*innen (vgl. web[1]).

Expert*innen verweisen wiederholt auf die Reichweite rechtsextremer Netzwerke in Sozialen Medien, insbesondere Chatgruppen in Messengerdiensten:

„Diese stellen [...] eine Art Katalysator dar, der die Radikalisierung ihrer Teilnehmer deutlich verstärkt. So finden sich im Internet zahlreiche rechtsextremistische Chatgruppen mit teilweise mehreren Tausend Mitgliedern, in denen extreme Gewaltfantasien wie Folter und Mordaufrufe an der Tagesordnung sind“ (vgl. web[1]).

Linksextremismus: Zahlen und Fakten

Insbesondere über das Andocken an die Klimaproteste bemühen sich Teile der linksextremistischen Szene um Einflussnahme auf demokratische Diskurse (vgl. web[1]).

Laut Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz kann ein anhaltender Anstieg des Personenpotenzials linksextremistischer Netzwerke verzeichnet werden: Von 34.300 Personen im Jahr 2020 auf 34.700 im Jahr 2021 (vgl. ebd.).

Islamismus: Zahlen und Fakten

Im Jahr 2021 hat sich das Personenpotenzial der islamistischem Szene verringert (2020: 28.715, 2021: 28.290) (vgl. ebd.), jedoch sollte dazu beachtet werden:

„Die rückläufige Anhängerzahl und die geringe öffentliche Präsenz der salafistischen Szene sind nicht mit einem abnehmenden Gefährdungspotenzial gleichzusetzen. Die engen Verbindungen zwischen salafistischen Akteuren und jihadistischen Netzwerken bestehen fort. Die Szene ist hochdynamisch und kann jederzeit auf aktuelle Entwicklungen und äußere Einflüsse reagieren“ (vgl. web[1]).

5.1. Bestandsaufnahme der Präventions- und Deradikalisierungslandschaft

Wie sieht die Präventions- und Deradikalisierungslandschaft in Deutschland derzeit aus?

Im Folgenden wird die Studie „Extremismusprävention in Deutschland. Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft“ von Florian Gruber und Saskia Lützinger zur Darstellung der Präventions- und Deradikalisierungslandschaft in Deutschland herangezogen. Die Publikation stammt aus dem Jahr 2017, Veränderungen seither werden entsprechend nicht abgebildet. Die Studie bietet aber weiterhin einen stabilen Ausgangspunkt zur Betrachtung des Themenfelds.

Mit Blick auf bereits vorhandene Projekte der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland konnten Florian Gruber und Saskia Lützinger in ihrer Studie insgesamt 721 Projekte ermitteln. Diese Pro-

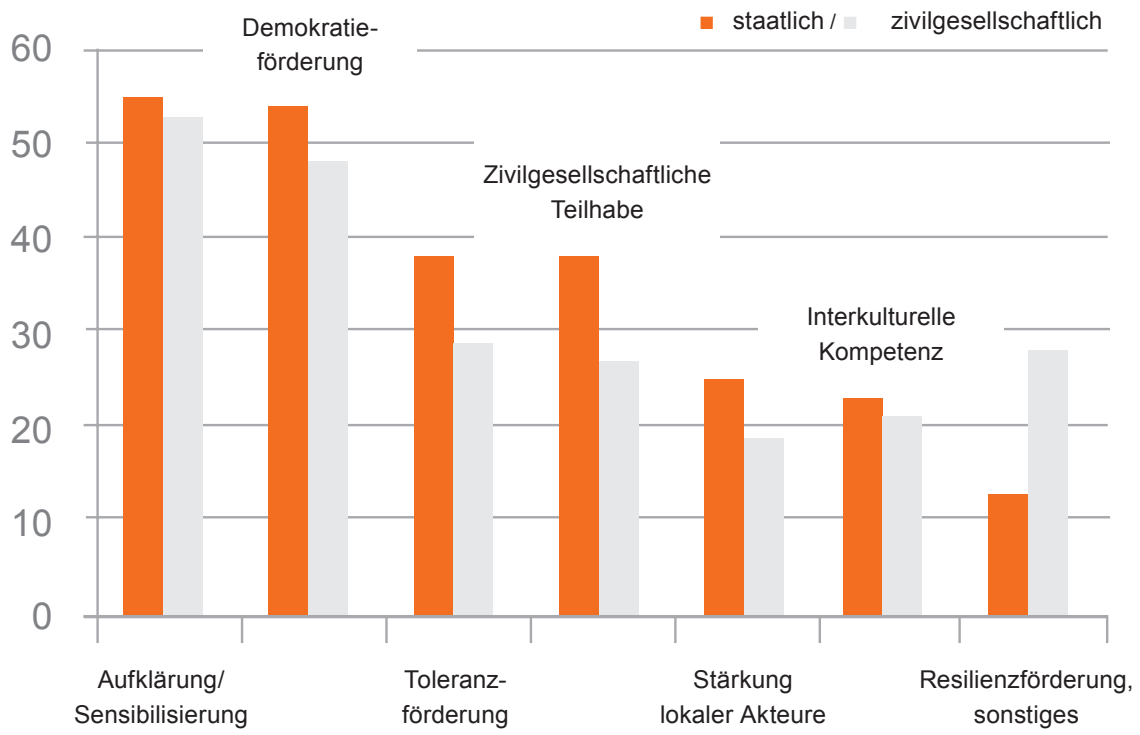


Abbildung 11: Überblick über die thematische Ausrichtung von Präventionsprojekten, Quelle: Gruber / Lützinger 2017, 15

jekte sind jeweils zur einen Hälfte auf staatliche und zur anderen Hälfte auf zivilgesellschaftliche Trägerorganisationen verteilt. Insbesondere staatliche Maßnahmen sind auf die Sensibilisierung und Aufklärung von involvierten Akteur*innen fokussiert, welche in der Präventions- und / oder Deradikalisierungsarbeit tätig sind. Zivilgesellschaftliche Projekte verfolgen zusätzliche Ansätze, wie z. B. die Förderung der Resilienz gegenüber menschenfeindlichen Ideologien (vgl. Gruber / Lützinger 2017, 13ff.). Die nachfolgende Abbildung zeigt die thematische Fokussierung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Maßnahmen. Eine Gegenüberstellung der Projekte in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass eine leichte Mehrheit davon im Osten umgesetzt wird (vgl. ebd., 9). Florian Gruber und Saskia Lützinger haben in ihrer Untersuchung außerdem folgende Zielgruppen herausarbeiten können (vgl. ebd., 15):

Personenfokussierter Ansatz	Umfeldfokussierter Ansatz	Ideologiefokussierter Ansatz
Dieser widmet sich hauptsächlich der Persönlichkeit oder dem individuellen Verhalten einer Person. Zu den hierbei angewandten Maßnahmen zählen „Toleranzförderung, Gewaltprävention, Medienkompetenz stärken, Aktivierung für Ehrenamt, Prävention von Straftaten [und] Aussteigerprogramm mit praktischer Lebenshilfe“ (ebd., 14).	Hierunter werden Projekte gefasst, die sich mit dem sozialen, meist lokalen Umfeld einer Person beschäftigen. Hier werden Schulen, Jugendclubs, familiäre und freundschaftliche Beziehungen sowie Ausbildungsbetriebe als Orte präventiven Arbeitens betrachtet.	Dieser Ansatz hingegen konzentriert sich auf die „politisch-ideologische Positionierung bzw. Einstellung einer Person und / oder [einer gesellschaftlichen] Gruppe“ (ebd.). Hier werden „Programme zur Demokratieförderung, Identifikation mit Deutschland oder einer Heimatregion, zum Erlernen von Argumentationsmustern gegen rechtsextreme Hetze im Internet, aber auch die Platzierung sog. ‚Counter Narratives‘“ (ebd.) umgesetzt.

Abbildung 12: Überblick über die Ansätze der Präventionsarbeit, Quelle: Eigendarstellung nach Gruber / Lützinger 2017, 14

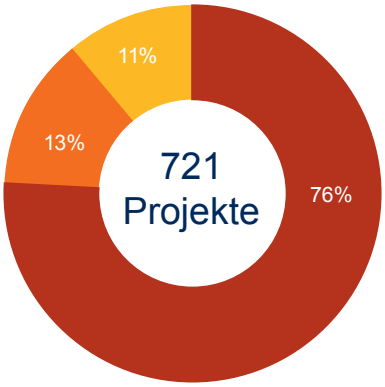
1. Politische, zivilgesellschaftliche und behördliche Akteur*innen: Vertreter*innen aus den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Behörden;

2. Fachpersonal aus unterschiedlichen Sektoren (Erziehung und Bildung, Sicherheitsbehörden, religiöse Gemeinschaften, Justizvollzugsanstalten);

3. Betroffene: Auffällige Personen, Mitbetroffene (z. B. Familie), Opfer;

4. Gesamtbevölkerung: Unauffällige Personen, mögliche Opfer.

Darüber hinaus unterscheiden die Autor*innen zwischen personen-, umfeld- und ideologiefokussierten Ansätzen der Präventionsarbeit (vgl. ebd., 14).



■ spezifisch ■ übergreifend ■ unspezifisch

Abbildung 13: Überblick über die Ausrichtung der Präventionsprojekte, Quelle: Gruber / Lützinger 2017, 12

Die Mehrheit der Präventionsprojekte ist phänomenspezifisch ausgerichtet (vgl. ebd., 10 f.). Dies bedeutet, dass sich die meisten Projekte auf eine bestimmte Form von Extremismus konzentrieren. Da jedoch phänomenübegreifend soziale und identitätsstiftende Aspekte, wie z. B. der Wunsch nach Zugehörigkeit oder einer provokanten Abgrenzung zum Elternhaus, als Motive für den Anschluss an radikale Gruppen verantwortlich gemacht werden, gibt es inzwischen zunehmend Ansätze, um phänomenübergreifend und phänomenunspezifisch zu arbeiten (vgl. web[3]).

Rechtsextremismusprävention

Die Mehrheit der 721 Projekte (75 %) widmet sich der Prävention rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Vergleicht man staatliche und zivilgesellschaftliche Projekte der Rechtsextremismusprävention, so kann festgehalten werden, dass sich erstere häufiger mit der Vernetzung von Akteur*innen – meist im Rahmen der Lokalen Aktionspläne (LAP) – befassen. Aufgrund der Spezifika der lokalen Kontextbedingungen werden diese LAPs in der Mehrheit der Fälle durch die Kommunen verantwortet und umgesetzt (vgl. ebd., 21). Es dominieren phänomenspezifische Ansätze, welche sich ausschließlich auf die Prävention rechtsextremer Positionen konzentrieren. Phänomenübergreifend arbeiten lediglich 16 % der Projekte, wobei diese fast gleichermaßen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (48 %) und von staatlichen Institutionen (52 %) getragen werden (vgl. ebd.). Betrachtet man die lokale Verteilung der Präventionsprojekte ist diese gemessen an der Anzahl pro Bundesland relativ ausgewogen. Unter Einbezug der Bevölkerungszahlen sind die Anstrengungen im Bereich der Rechtsextremismusprävention in Ostdeutschland allerdings höher (vgl. ebd., 21f.). Staatliche Maßnahmen arbeiten schwerpunktmäßig mit einem umfeldorientierten Ansatz, was der Fokussierung auf Vernetzungsprojekte geschuldet ist. Dahingegen sind zivilgesellschaftliche Projekte deutlich umfangreicher aufgestellt. Sie verfolgen personen-, umfeld- und ideologiebasierte Ansätze (Person: 31 %; Umfeld: 37 %; Ideologie: 32 %) (vgl. ebd., 22).

Linksextremismusprävention

Schaut man sich die aktuellen Forschungs- und Praxisprojekte an, kann festgehalten werden, dass sehr wenige Studien zum Linksextremismus sowie Präventionsprojekte, die ausschließlich diesen Phänomenbereich thematisieren, umgesetzt werden (vgl. Gruber / Lutzinger 2017, 20ff.; Srowig et al. 2018, 1ff.). Dies liegt womöglich an derzeitigen Tendenzen in der Gesamtgesellschaft sowie dem geringen Gefährdungspotenzial, welches diesem Phänomenbereich zugeschrieben wird.

Die Prävention von Radikalisierungsprozessen hin zum Linksextremismus ist dementsprechend vergleichsweise gering vertreten. Lediglich 4 % aller Präventionsprojekte beschäftigen sich mit der Linksextremismusprävention. Es konnten 24 Projekte in die Analyse aufgenommen werden, wobei 19 von staatlichen und sechs von zivilgesellschaftlichen Trägern durchgeführt werden (vgl. Gruber / Lützinger 2017, 22). Die Autor*innen verweisen auf die hohe Anzahl von phänomenübergreifenden Projekten. Linkspräventive Maßnahmen sind weniger auf Vernetzung ausgerichtet, sondern konzentrieren sich

auf klassische Projekte, welche insbesondere Demokratieförderung und Aufklärungs- sowie Sensibilisierungsarbeit umfassen (vgl. ebd.). Die Autor*innen kritisieren einen Mangel an Prävention von Gewalttaten linksextremistischer Personen. Es findet vornehmlich eine allgemeine „Gewaltprävention“ (ebd.) statt, welche nicht ausschließlich auf die Verhinderung von politisch motivierten Gewalttaten ausgerichtet ist. Ursache dieser Vorgehensweise kann „der Umstand sein, dass gesamtgesellschaftlich das Feld des Linksextremismus bzw. linke Militanz als schwerer greifbar wahrgenommen wird“ (ebd., 23). Außerdem will man den Eindruck vermeiden, den linksideologischen Diskurs zu unterbinden, weshalb zwar Gewaltprävention als wichtiger Anker gilt, aber eine Ideologiefokussierung der Präventionsprojekte weniger befürwortet wird (vgl. ebd.).

Islamismusprävention

Im Kontext der Islamismusprävention werden 103 Projekte umgesetzt. Das entspricht etwa 14 % der Gesamtzahl der gelisteten Präventionsprojekte. Die eindeutige Mehrzahl dieser Maßnahmen wird in Westdeutschland durchgeführt, wobei dies „dem Aufkommen islamistisch-motivierter Kriminalität, der Verteilung bekannter Hochburgen (‚Hot Spots‘) und der in das syrisch-irakische Kampfgebiet ausgereisten Personen“ (ebd., 24) zugeschrieben werden kann. Hauptsächlich sind diese Projekte phänomenspezifisch ausgerichtet – 71 % der umgesetzten Maßnahmen sind auf die Prävention von islamistischen Radikalisierungsprozessen begrenzt (vgl. ebd.).

Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung

Bitte beachten Sie: Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung war das geplante Demokratiefördergesetz der aktuellen Bundesregierung noch nicht finalisiert (vgl. web[2]).

Um die Vernetzung verschiedenster Handlungsfelder voranzutreiben und somit die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland zu verbessern, hat die Bundesregierung im Jahr 2016 eine Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung eingeführt. In dieser werden folgende Handlungsfelder benannt (vgl.web[4]):

- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiearbeit;
- Zivilgesellschaftliches Engagement;
- Beratung, Monitoring, Intervention;
- Medien und Internet;
- Forschung;
- Internationale Zusammenarbeit.

Für die Förderung demokratischer Einstellungen sowie die Prävention aller Formen des Extremismus sind über 400 Millionen Euro bis zum Jahr 2020 eingeplant. Es wird betont, dass nicht nur die Kommunen, die Länder sowie der Bund, sondern ebenfalls die Zivilgesellschaft für eine Zusammenarbeit gewon-

Abbildung 14: Ebenen der Strategie der Bundesregierung, Quelle: web[4]

nen werden müssen (vgl. ebd.). Die obenstehende Darstellung verdeutlicht, auf welchen Ebenen die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen, wie z. B. der Schulen, der Universitäten und der Polizei, laut der Strategie der Bundesregierung stattfinden soll.

Gemäß der Strategie der Bundesregierung wird im Bereich der Islamismusprävention ein bundesweites Netzwerk an Beratungsstellen, ähnlich der Struktur auf dem Gebiet der Rechtsextremismusprävention, angestrebt. Ziel ist die Förderung der praxisorientierten Forschung zur Weiterentwicklung der präventiv-pädagogischen Arbeit sowie zu Ansätzen der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (web[5]). Ein Schwerpunkt liegt weiterhin auf der Prävention rechtsextremer Einstellungen. Die Prävention linksextremistischer Bestrebungen ist gleichfalls Gegenstand der Strategie der Bundesregierung. Es wird in diesem Kontext betont, dass „Militanz und Gewalt […] keinen Platz in einer Demokratie [haben]. Sie sind kein Mittel des gesellschaftlichen Protests und der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner“ (web[4]). Die Strategie der Bundesregierung hält folgende strategische Partner für die Präventionsarbeit fest:

Verschiedene Bundesprogramme – u. a. „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“ – werden umgesetzt, um Demokratieförderung und Präventionsarbeit in Deutschland flächendeckend zu fördern (vgl. ebd.).

Behörden / staatl. Institutionen	Bildungseinrichtungen	Zivilgesell. und Sonstige
» Polizei, » Verfassungsschutz, » Bundeswehr, » Jugendämter, » Justizvollzugsanstalten, » staatliche Organisationen	» Universitäten, » Schulen	» Örtliche Gemeinschaften, » Religionsgemeinschaften, » Netzwerke und Bündnisse, » Verbände und Vereine (…), » Medien- und Internetakteure, » Familie, » Freundeskreis, » Arbeitswelt, » Opferberatung, » Beratungsstellen und -teams

Abbildung 15: Potenzielle Kooperationspartner*innen, Quelle: Eigendarstellung nach web[4]

5.2. Präventionsarbeit

Was verstehen wir unter Präventionsarbeit?

Präventionsarbeit zielt auf die Vermeidung und Früherkennung einer Radikalisierung ab. Ursprüngliche Bemühungen zur Verhinderung von extremistischen Gewalttaten fanden weniger im Bereich der Prävention von Radikalisierungsprozessen, sondern vielmehr durch repressive Maßnahmen des Sicherheitsapparats statt. Die Wirksamkeit dieser Vorgehensweise wird zum jetzigen Zeitpunkt als begrenzt bewertet. Einige Expert*innen merken an, dass sich die Maßnahmen sogar als kontraproduktiv erwiesen hätten, da sich ein größerer Teil der Bevölkerung durch dieses Vorgehen radikalisiert habe (vgl. El-Said 2016, 16 f).

Im Jahr 2016 veröffentlichten die Vereinten Nationen einen Aktionsplan zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus. In diesem spricht man sich für eine Balance zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen aus. Eine der Hauptempfehlungen des Aktionsplans ist die Etablierung nationaler Präventionspläne (vgl. web[6]). Gleichwohl der Tatsache, dass nicht ein einziger Plan alle Kontextbedingungen beachten kann, ist ein solcher zur effektiven Bestimmung von Prioritäten hilfreich (vgl. El-Said 2016, 17).

Die nachfolgende Tabelle listet einige Stichpunkte präventiver und repressiver Maßnahmen auf. Außerdem werden mögliche Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene genannt.

national und international

- Aufklärung und politische Auseinandersetzung
- Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung
- Monitoring und Intervention
- konsequente Strafverfolgung und Gefahrenabwehr
- grenzüberschreitender Austausch
- Forschungsförderung

präventiv

- starke Ideale
- mündige Menschen, mit aktiver Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
- gelingende Integration aller Menschen, insbesondere von Menschen mit eigener Migrations- und Fluchtgeschichte sowie von rassismusbetroffene Personen
- Parallelgesellschaften entgegenwirken
- Aufklärung über Demokratie und Verfassungswerte
- Politische Bildung, interkulturelles Lernen, Demokratiearbeit, Toleranzschulung auf demokratischer Basis
- Kompetenzförderung im Umgang mit den neuen Medien
- Beratungsangebote für Aussteiger*innen, Gefährdete, Angehörige und Opfer

repressiv

- Einfordern von Verfassungswerten
- entschlossene Strafverfolgung

Abbildung 16: Überblick über präventive und repressive Gegenmaßnahmen, Quelle: web[7]

Der Begriff „Prävention“ wird in verschiedenen Zusammenhängen verwendet, weshalb geklärt werden muss, welchen Einstellungen präventiv vorzubeugen ist. Prävention kann die Vorbeugung von extremistischen Denk- und Handlungsmustern fokussieren, welche religiös und/oder politisch gerechtfertigt werden. Rauf Ceylan und Michael Kiefer betonen, dass eine weitere Spezifizierung der Zielrichtung der Präventionsprogramme notwendig sei. Den Autoren zufolge ist zu definieren, inwieweit es darum geht, dem gewaltbereiten Extremismus vorzubeugen oder bereits extremistisches Gedankengut zu verhindern (vgl. Ceylan/Kiefer 2013, 99). Neben der Zielrichtung werden Präventionsprogramme mit Hilfe der verschiedenen Zielgruppen unterschieden (vgl. Gruber/Lützinger 2017, 15). Aufgrund der „Vielzahl möglicher Risiko- sowie Schutzfaktoren und deren komplexen Wechselwirkungen“ (Eilers et al. 2015, 9) können die einzelnen Bereiche der Präventionsarbeit allerdings nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

5.2.1. Universelle und selektive Präventionsarbeit

Welche Bereiche der Präventionsarbeit können unterschieden werden?

1. Universelle / Primäre Prävention

Die universelle oder auch primäre Prävention versucht durch bestimmte Maßnahmen das Entstehen von demokratiefeindlichen Einstellungen im Vorfeld einer Radikalisierung zu verhindern (vgl. web[8]). Durch die Öffnung der Angebote für die Gesamtgesellschaft (vgl. Kober 2017, 227f.) ergeben sich verschiedene Handlungsfelder, zu denen Marcus Kober die folgenden zählt:

„Diese reichen von der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Erziehungsberatung, sozialpsychologischen Einrichtungen, der Vereins- und Verbandsarbeit bis hin zu Angeboten der Jugend- und Sozialämter und der Polizei“ (Kober 2017, 227).

Die zielgruppenunspezifische Ausrichtung der universellen Prävention soll der Gefahr entgegenwirken, bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen (vgl. ebd.). Dementsprechend wird häufig betont, dass die Begriffe „Förderung“ oder „Stärkung“ zu verwenden sind, um die Teilnehmer*innen nicht als Risikogruppen zu stigmatisieren (vgl. Deutsche Islamkonferenz 2012, 3).

Im Bereich der universellen Prävention wird insbesondere die Vernetzung der Handlungsfelder hervorgehoben. Durch die Kooperation unterschiedlicher Institutionen können die „jugendphasentypischen Verunsicherungen und Anpassungskrisen“ (web[8]) optimal aufgefangen werden. Trotz der generellen Offenheit der universellen Prävention für die Gesamtbevölkerung ist die Attraktivität der extremistischen Ideologie für junge Menschen besonders ausschlaggebend. Diese beeinflusst die Gestaltung der praktischen Arbeit (vgl. ebd.).

Im Kontext der Islamismusprävention hat sich herauskristallisiert, dass unter islamistischen Anhänger*innen einige „religiöse Analphabeten“ (ebd.) sind, welche auf der Suche nach Antworten auf religiöse Fragen in der islamistischen Szene fündig werden. Eine Auseinandersetzung mit religiösen Themen erscheint hier auch „für jene Jugendliche und junge Erwachsene hilfreich […], die in ihren Familien nicht religiös sozialisiert wurden, die sich aber aufgrund von jugendphasentypischen Fragen oder Erfahrungen mit Ressentiment und Diskriminierungen für den Islam interessieren“ (ebd.). Eine thematische Einschränkung der universellen Prävention auf religiöse Themen findet jedoch keinesfalls statt – auch nicht im Kontext der Islamismusprävention.

2. Selektive / Sekundäre Prävention

Im Unterschied zur universellen Prävention fokussieren Maßnahmen der selektiven oder auch sekundären Prävention bestimmte Risikogruppen. Dies bedeutet, dass den Zielgruppen bestimmte Gefährdungspotenziale zugeschrieben werden, welche eine Radikalisierung begünstigen (vgl. Fouad / Taubert 2014, 403f.). Bei der selektiven Prävention kann zwischen direkten Maßnahmen und indirekten Maßnahmen unterschieden werden. Direkte Maßnahmen beziehen sich auf die Arbeit mit Betroffenen, wohingegen indirekte Maßnahmen die Schulung von unterschiedlichen Akteur*innen der Präventionsarbeit als Multiplikator*innen umfassen (vgl. ebd., 405).

Zu den Zielgruppen der direkten Maßnahmen können u. a. Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Milieus gerechnet werden (vgl. Kiefer 2013, 10). Eine weitere Zielgruppe stellen junge Geflüchtete dar, welche psychologische Unterstützung bei der Verarbeitung von gesammelten Erfahrungen erhalten (vgl. web[9]). Darüber hinaus wird versucht, unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse weiblicher oder männlicher Zielgruppen adäquate Maßnahmen zu gestalten (vgl. web[8]).

Indirekte Maßnahmen hingegen sensibilisieren Multiplikator*innen für das Thema und vermitteln pädagogisch-didaktische Methoden für die Arbeit mit den Risikogruppen. Hauptzielgruppe solcher Sensibilisierungsmaßnahmen sind Mitarbeiter*innen von Einrichtungen, die mit jungen Erwachsenen in problematischen Lebenssituationen arbeiten (vgl. Abou Taam / Sarhan 2014, 399; Glaser / Figlestahler 2016, 259 ff.). Aufbauend auf der Unterscheidung zwischen der primären und der sekundären Prävention werden nachfolgend die inhaltlichen Schwerpunkte der Präventionsarbeit vorgestellt.

5.2.2. Inhaltliche Schwerpunkte der Präventionsarbeit

Was sind inhaltliche Schwerpunkte der Präventionsarbeit?

Expert*innen verweisen auf den Zusammenhang zwischen Erkenntnissen aus der Radikalisierungsforschung und der effektiven Gestaltung der Präventionsarbeit. Es ist unverzichtbar, sich mit den Radikalisierungsmotiven und biographischen Hintergründen der Personen, die im Rahmen der Präventionsarbeit angesprochen werden sollen, auseinanderzusetzen (vgl. Steffen 2015a, 15). Daher sind systematische Forschungen über den Radikalisierungsprozess als notwendige Voraussetzung für eine gelingende Präventionsarbeit zu verstehen (vgl. Eilers et al. 2015, 7; Neumann 2013, 7).

Gemeinschaftsangebote

Methodisch betrachtet, greift die Präventionsarbeit häufig auf Gemeinschaftsangebote zurück, welche die Möglichkeit des Empowerments beinhalten. Es steht nicht nur die politische Bildung im Vordergrund, sondern vor allem eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der sozialen Kompetenzen (vgl. web[8]). Individuelle Anwerbeversuche extremistischer Protagonist*innen heben häufig die extremistische Gruppe hervor, welche als Lösung für die emotionalen Bedürfnisse der sich radikalisierenden Personen offeriert wird (vgl. Walther 2014, 396 f.). Um die Resilienz gegenüber der Einflussnahme durch Extremist*innen zu erhöhen, bietet die Präventionsarbeit durch Angebote zur Freizeitgestaltung oder Formen bürgerschaftlichen Engagements eine alternative Gemeinschaft an. Der Vorteil solcher Peer-Maßnahmen sowie der Peer-to-Peer-Ansätze ist, dass ein Bezug zu ähnlichen lebensweltlichen Erfahrungen jungen Erwachsenen hilft, Denkanstöße durch andere anzunehmen und eigene Verhaltensmuster kritisch zu reflektieren (vgl. web[8]).

Online-Angebote

Aufgrund der Relevanz von Online-Plattformen für die Verbreitung extremistischen Propagandamaterials werden Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz bereitgestellt (vgl. Steinberg 2013, 20 f; Eckert 2013, 14 f.; Inan 2017, 116). Durch diese soll ein kritischer Umgang mit Medieninhalten gefördert werden sowie ein Austausch über politische und gesellschaftliche Themen – sowohl im Offline- als auch im Onlinebereich – stattfinden (vgl. web[8]). Außerdem können Medienangebote durch eine aktive Involvierung zum Empowerment der Teilnehmer*innen beitragen.

Die Handreichungen „Salafismus Online. Propagandastrategien erkennen – Manipulation entgehen“ und „Wie man Rechtsextreme im Netz erkennt – und was man gegen Hass tun kann“ von „klicksafe“ bietet umfangreiche Hinter-

grundinformationen sowie Materialien zur Auseinandersetzung mit Online-Inhalten der rechtsextremistischen und salafistischen Szene.

Das „International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence“ (ICSR) hebt folgende vier Aspekte hervor, welche bei der Prävention einer Radikalisierung durch Online-Inhalte zu beachten sind (vgl. Stevens / Neumann 2009, 1):

» **„Deterring the producer of extremist materials“** (ebd.): Sowohl Betreiber*innen von Webseiten als auch Autor*innen von extremistischen Inhalten sollen abgeschreckt werden.

» **„Empowering online communities to self-regulate“** (ebd.): Online-Communities sollen zur Selbstregulierung befähigt werden.

» **„Reducing the appeal of extremist messages“** (ebd.): Die Förderung und Stärkung der Medienkompetenz ist durch Bildungsarbeit zu leisten, sodass extremistische Inhalte weniger Anziehungskraft besitzen.

» **„Promoting positive messages“** (ebd.): Zivilgesellschaftliche Projekte können helfen, Gegennarrative zur extremistischen Ideologie zu verbreiten.

Biographiearbeit

Ein besonders kritischer Punkt in der Radikalisierungsforschung ist die Frage, inwieweit Integrationsdefizite als Motiv für eine Radikalisierung fungieren (vgl. Steffen 2015a, 16). Einige Expert*innen betonen, dass die Ursache für eine Radikalisierung keinesfalls monokausal einer fehlenden Integration und geringen Möglichkeiten der Teilhabe zuzuschreiben sei (vgl. Fahim 2013, 45; Fouad / Taubert 2014, 408). Biographische Lebenslaufanalysen von gewaltbereiten Islamist*innen verweisen auf eine Reihe von negativen Erfahrungen im allgemeineren Sinn (vgl. Steffen 2015a, 16). Identitätskrisen oder Umbruchsituationen, die Suche nach der Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns sowie Erfahrungen der Nichtzugehörigkeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind ausschlaggebend für eine Radikalisierung hin zum Extremismus (vgl. Dantschke 2014, 480). Manuela Glaser verweist – mit Blick auf eine Radikalisierung hin zu Rechtsextremismus und Islamismus – auf eine bestehende „sozio-strukturelle Marginalisierung, das heißt eine mangelnde bzw. prekäre Integration in den Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbssektor und daraus resultierende Defizit- und Nichtzugehörigkeitserfahrungen“ (web[3]). Im Rahmen präventiver Maßnahmen – insbesondere im Bereich der sekundären Prävention – sind dementsprechend biographische Umbrüche aufzuarbeiten und unterschiedliche Lösungsstrategien gemeinsam mit den jungen Teilnehmenden zu reflektieren.

Toleranztrainings

Teil der Präventionsarbeit ist die Entwicklung eines toleranten Verhaltens gegenüber divergierenden Meinungen (vgl. Fouad / Taubert 2014, 404). Demnach beschäftigen sich viele Projekte mit religiöser und kultureller Vielfalt. Um die Authentizität der Inhalte zu gewährleisten, werden Trainer-Tandems mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Zugehörigkeiten eingesetzt (vgl. web[8]). Die Projekte arbeiten des Weiteren an einem „Bewusstsein für unterschiedliche religiöse und nicht religiöse Zugänge zu Werten, Glauben und Identität“ (vgl. ebd.). Die Erarbeitung von Wissen innerhalb der Gruppe soll neben der Akzeptanz unterschiedlicher Perspektiven die eigene Urteilsfindung ermöglichen (vgl. Fouad / Taubert 2014, 404). Außerdem werden etablierte Ansichten bezüglich Geschlechterrollen und / oder Generationenverhältnissen kritisch diskutiert (vgl. Kober 2017, 228).

„Pro Prävention“, ein Projekt aus dem Kreis Offenbach, hat u. a. die Fortbildung „Diskriminierung, Glaube und Radikalisierung als pädagogische Herausforderungen“ sowie ein interreligiöses Kompetenztraining umgesetzt (vgl. web[10]).

Pädagogik-Schulungen für Fachkräfte

Teil präventiver Arbeit sind Schulungen für Fachkräfte zur Vermittlung unterschiedlicher pädagogischer Methoden und präventiver Ansätze. Mit Hilfe dieser Zugänge können eine Vielzahl verschiedener biographischer Hintergründe und die viele Themen betreffende emotionale Sensibilität beachtet werden (vgl. Fouad / Taubert 2014, 408 f.; Hafeneger 2015, 14f.). Als besonders relevant wird die Einnahme einer verstehenden und fragenden Perspektive durch das pädagogische Fachpersonal beschrieben. Projektteilnehmer*innen soll das Gefühl vermittelt werden, dass ihnen Aufmerksamkeit und Anerken-

nung entgegengebracht wird, sodass sie sich für die Maßnahmen öffnen (vgl. Hafeneger 2015, 14). Ein Kommunikationscoaching kann helfen, den Multiplikator*innen ein solches methodisches Vorgehen verständlich zu machen. Muster der Kommunikation müssen beleuchtet und Hinweise auf womöglich konfliktbehaftete Reaktionen gegeben werden. Gerade Äußerungen, welche deutlich die Wertschätzung der jungen Menschen hervorheben, sind zur (Wieder-)Herstellung einer Beziehung zu den Jugendlichen notwendig (vgl. Fouad / Taubert 2014, 410). Fachkräfte müssen den jungen Erwachsenen gegenüber Aufmerksamkeit aufbringen und Anerkennung vermitteln.

In Anhang 6 werden Ihnen Beratungsstellen und deren inhaltliche Ausrichtung vorgestellt.

5.3. Deradikalisierung

Was ist Gegenstand der Deradikalisierungsarbeit?

Die Deradikalisierungsarbeit beschäftigt sich im Unterschied zur Präventionsarbeit mit Personen, welche bereits in der extremistischen Szene aktiv sind und entsprechend radikale Einstellungen vertreten (vgl. web[8]). Das Ziel besteht darin, „im Idealfall eine Person dazu zu bewegen, extremistische Denk- und Handlungsweisen aufzugeben“ (web[12]), meist liegt der Fokus jedoch zunächst auf der Entwicklung einer gewaltablehnenden Einstellung (vgl. Abou Taam / Sarhan 2014, 400).

In dem Fachbeitrag „Deradikalisierung durch gezielte Interventionen“ von Lorenzo Vidino werden Präventions- und gezielte Interventionsmaßnahmen aus europäischen Ländern beschrieben. Außerdem zeigt er verschiedene Positionen zur Wahl von Kooperationspartner*innen auf.

Expert*innen bemängeln, dass trotz ihrer Relevanz für die Praxis derzeit wenige wissenschaftliche Analysen der Deradikalisierung von Einzelpersonen und Gruppen existieren (vgl. Schuck 2016, 344; Köhler 2016, 290; Ashour 2009, 3). Weiterhin wird kritisiert, dass Erkenntnisse aus der Psychologie in ungenügendem Maße einbezogen würden (vgl. Dechesne 2011, 297).

Bezüglich des Begriffs „Deradikalisierung“ muss betont werden, dass in manchen Publikationen von indizierter Prävention oder Tertiärprävention gesprochen wird (vgl. Steffen 2015b, 54; Ceylan / Kiefer 2013, 114; Fouad / Taubert 2014, 405). Außerdem ist eine weitere Spezifizierung der Facetten der Deradikalisierung zwingend notwendig (vgl. Schuck 2016, 350; Dechesne 2011, 287f.), weshalb im Folgenden die theoretische Unterscheidung zwischen der Demobilisierung und der kognitiven Deradikalisierung vorgenommen wird.

5.3.1. Demobilisierung

Was versteht man unter Demobilisierung?

Demobilisierung bezeichnet den Verzicht von Gewalt als Methode zur Zieldurchsetzung bei gleichzeitiger Beibehaltung radikaler Ansichten. Es geht also nicht darum, eine Ideologie oder radikale Überzeugungen abzulegen, sondern extremistisches Handeln, insbesondere Gewaltaktionen, zu unterlassen (vgl. Neumann 2013, 9; Fouad / Taubert 2014, 405). Eine Demobilisierung kann aufgrund verschiedenster Gründe ausgelöst werden: Die Anwendung von Gewalt kann einerseits als kontraproduktiv betrachtet oder aufgrund eines Mangels an Ressourcen nicht in die Tat umgesetzt werden. Andererseits können moralische oder ideologische Gründe gewalttätiges Handeln in Frage stellen. Die Person bewertet daraufhin die eigene Position folgendermaßen: Man strebt zwar ein ehrenhaftes Ziel an, diskreditiert dieses jedoch durch die eingesetzten Mittel (vgl. Neumann 2013, 10).

Mehrfach wurde die Kritik geäußert, dass eine Demobilisierung nur oberflächlich und zumeist aus taktischen Erwägungen erfolge. Die Diskussionen bezüglich der Rolle gemäßigter Extremist*innen bei der Deradikalisierungsarbeit verdeutlicht die Skepsis, welche demobilisierten Personen entgegengebracht wird (vgl. Neumann 2013, 10; Vidino 2013, 30). Hazim Fouad und André Taubert sind der Auffassung, dass mit nicht-gewaltbereiten Akteur*innen zusammengearbeitet werden kann, sobald das Ziel eines Präventionsprojektes zunächst das Abschwören von Gewalt ist. Diese Akteur*innen seien „häufig die einzigen Personen […], welche stark radikalisierte Jugendliche noch erreichen“ (Fouad / Taubert 2014, 405).

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit gewaltlosen Islamist*innen ist das Projekt „Strategy to Re-Empower and Educate Teenagers“ (STREET) aus Großbritannien. Jugendliche sollen mit Hilfe von salafistischen Prediger*innen davon abgehalten werden, terroristische Anschläge zu begehen (vgl. Fouad / Taubert 2014, 405; Vidino 2013, 30). Auch der Position des dänischen Staates zufolge sind es „genau diese Personen, die die besten Chancen haben, die Ansichten junger Leute auf dem Weg der Radikalisierung zu beeinflussen“ (Vidino 2013, 30). Deutsche Sicherheitsbehörden sehen gewaltlose Extremist*innen hingegen als „Vehikel einer weiteren Radikalisierung“ (ebd.). Es besteht dementsprechend Uneinigkeit bezüglich der Zusammenarbeit mit demobilisierten Extremist*innen.

5.3.2. Kognitive Deradikalisierung

Was umfasst die kognitive Deradikalisierung?

Im Gegensatz zur Demobilisierung umfasst die kognitive Deradikalisierung die Abkehr von extremistischen Überzeugungen. Dies bedeutet für die Deradikalisierungsarbeit, dass Projekte, welche sich zum Ziel setzen, die radikalen Ansichten einer Person zu verändern, neben der Beilegung von Konflikten gleichzeitig ideologische Überzeugungsarbeit leisten müssen (vgl. Neumann 2013, 9). Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Versuch, extremistische Weltbilder zu widerlegen, als Verweis auf deren Richtigkeit instrumentalisiert wird (vgl. web[13]). Eine Verfestigung extremistischer Überzeugungen kann durchaus ein Resultat schlecht umgesetzter Deradikalisierungsversuche sein. Im Vergleich zur Demobilisierung ist die kognitive Deradikalisierung demnach die anspruchsvollere Aufgabe, da sie an Ansichten rüttelt, die als wahr akzeptiert und in die eigene Identität aufgenommen wurden (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang muss man sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Überzeugungen als moderat gelten und ab welchem Punkt eine Person als kognitiv deradikalisiert zu bezeichnen ist (vgl. ebd.).

Auf der Basis der vorgenommenen Unterscheidung werden nun verschiedene Ablaufmodelle einer Deradikalisierung vorgestellt. Ähnlich der Darstellungen der Radikalisierung wird auch die Deradikalisierung als Prozess verstanden.

5.3.3. Modelle der Deradikalisierung

Welche theoretischen Modelle der Deradikalisierung existieren?

1. Modell der Push- und Pull-Faktoren von Peter Waldmann

In seiner Studie „Radikalisierung in der Diaspora“ versucht Waldmann, die Radikalisierung von jungen Migrant*innen der zweiten und dritten Generation anhand unterschiedlicher Faktoren zu erklären (vgl. Waldmann 2009). Die verwendete Unterscheidung zwischen Pull- und Push-Faktoren lässt sich auf die Deradikalisierung übertragen (vgl. Altier et al. 2014, 648 f.).

Push-Faktoren

sind Erfahrungen innerhalb des extremistischen Milieus, welche dazu führen, dass eine Person an den Zielen, den Methoden und der Führung der Gruppe zweifelt. Der Ausstieg wird umso wahrscheinlicher, je stärker diese Erfahrungen desillusionierend wirken (vgl. Neumann 2010, 48).

Pull-Faktoren

beinhalten Anreize, die die Attraktivität eines Lebens außerhalb des extremistischen Milieus steigern. Hierbei handelt es sich zum einen um mögliche Straferlassregelungen sowie Eingliederungsmaßnahmen in die Gesellschaft. Zum anderen verstärken soziale Beziehungen zur Familie und das Angebot beruflicher Weiterbildungen die Ausstiegsmotivation der Personen (vgl. ebd.).

Eine Übersicht möglicher Pull- und Push-Faktoren in Bezug auf den Deradikalisierungsprozess kann der Tabelle (Abb. 17) entnommen werden.

Expert*innen kritisieren, dass das Modell der Pull- und Push-Faktoren zu deskriptiv sei und mögliche Dynamiken innerhalb des Prozesses der Radikalisierung sowie Deradikalisierung nicht beachte. Außer-

dem trifft die bereits geäußerte Kritik bezüglich der Vernachlässigung psychologischer Entwicklungen während des Deradikalisierungsprozesses auf dieses Modell zu (vgl. Atlier et al. 2014, 650).

2. Investment-Modell von Caryl Rusbult

Dahingegen eröffnet das Investment-Modell von Caryl Rusbult eine flexiblere Perspektive auf den Deradikalisierungsprozess. Im Gegensatz zu Phasenmodellen, welche die Deradikalisierung als Abfolge verschiedener aufeinanderfolgender Schritte beschreiben, beachtet das Investment-Modell die Komplexität der menschlichen Entscheidungsfindung. Insbesondere durch die Einbeziehung von Emotionen als unterschwellige Einflussfaktoren gewinnt das Modell an Erklärungskraft (vgl. Atlier et al. 2014, 650 f. nach Rusbult 1980; Rusbult 1983; Farell / Rusbult 1983). Dem Modell zufolge kann die Bindung an bzw. das Engagement einer Person in einer extremistischen Gruppe anhand folgender Gleichung bemessen werden: **„Commitment = Satisfaction – Alternatives + Investment“** (ebd.).

Übersetzt bedeutet dies: „Engagement = Zufriedenheit – Alternativen + bereits erfolgte Investitionen.“ Ausgehend von dieser Gleichung erscheint der Ausstieg umso wahrscheinlicher, je niedriger die Zufriedenheit mit der Gruppenzugehörigkeit ist. Gleichzeitig müssen jedoch qualitative Alternativen existieren und der vorherige Aufwand gering sein. Als Alternativen sind u. a. ein stabiles soziales Umfeld sowie die Unterstützung der Familie zu nennen. Unter dem vorherigen Aufwand können die Zeit und Energie verstanden werden, welche zur Entwicklung von Beziehungen innerhalb der extremistischen Gruppe bereits aufgewendet wurden (vgl. ebd.). Diesem Modell wird ebenfalls vorgeworfen, dass es nicht dynamisch genug sei. Kritiker*innen behaupten, dass man lediglich die Ausstiegswahrscheinlichkeit zu einem gegebenen Zeitpunkt betrachten könne und die Veränderung der Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Lebensphasen vernachlässige (vgl. ebd., 651).

3. Rollenaustrittsmodell nach Helen Rose Fuchs Ebaugh

Ein weiterer Erklärungsansatz ist das freiwillige Rollenaustrittsmodell. Dem Modell zufolge tritt das Ablegen einer Rolle selten aufgrund einer spontanen Entscheidung ein, sondern erfolgt im Anschluss an eine Abfolge psychologischer und emotionaler Erfahrungen. Das Modell besteht aus folgenden vier Phasen (vgl. ebd.):

- In der ersten Phase kommen der*dem Betroffenen **Zweifel** an der eigenen Rolle. Die Person hat in diesem Stadium meist noch keine spezifischen Kenntnisse über die unterschwelligen Gründe, sondern empfindet eine generelle Unzufriedenheit mit der eigenen Situation.

- In der zweiten Etappe beginnt die Person **Alternativen** zu suchen. Dies beinhaltet das mentale

Push-Faktoren	Pull-Faktoren
» Unerfüllte Erwartungen; » Desillusionierung durch die Strategie bzw. Aktionen der terroristischen Gruppe oder aufgrund der persönlichen Kontakte; » Unfähigkeit, mit den physiologischen / psychologischen Auswirkungen von Gewalt umzugehen; » Verlust des Glaubens in die Ideologie; » Burnout.	» Konkurrierende Loyalitäten; » Positive Interaktion mit moderaten Personen; » Beschäftigungs- / Bildungsanstellung oder -möglichkeiten; » Wunsch zu heiraten / eine Familie zu gründen oder familiäre Anforderungen; » Finanzielle Anreize; » Amnestie / Straferlass.

Abbildung 17: Pull- und Push-Faktoren nach Peter Waldmann, Quelle: Atlier et al. 2014, 649 (übersetzt ins Deutsche)

Abwägen verschiedener Faktoren. Dazu können mögliche Opportunitätskosten bei der Aufgabe der bisherigen Rolle oder die Übertragbarkeit der eigenen Kompetenzen auf andere Bereiche gezählt werden.

» Personen mit qualitativ hochwertigen Alternativen werden in der dritten Phase die **Entscheidung** zum Austritt fällen. Dies ist meist begleitet durch einen „turning point“ (ebd.), übersetzt „Wendepunkt“, welcher die Person mobilisiert. Mögliche Gefühle variieren zwischen Angst und Euphorie.

» Im letzten Stadium muss die Person mit **Herausforderungen** nach dem Austritt zurechtkommen. Die Konstruktion einer neuen Identität kann durch die wiederholte Konfrontation mit der alten Rolle erschwert werden.

Der Film „Skin“ von Regisseur Guy Nattiv erzählt die Geschichte von Bryon Widner, der in einer rechtsextremen Familie aufwächst. Er verliebt sich in die Aussteigerin Julie, woraufhin er der Szene ebenfalls den Rücken zukehren möchte. Der Film ist geeignet für vhs-Mitarbeitende und andere Fachkräfte – nicht für die direkte Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 16 Jahren.

Kritiker*innen des Modells verweisen darauf, dass nicht jede Person alle Phasen durchläuft, weshalb die Linearität des Konzepts ein falsches Bild der Wirklichkeit abzeichne (vgl. ebd.).

Keines der Modelle kann Deradikalisierungsprozesse adäquat beschreiben, da es sich hierbei – ähnlich dem der Radikalisierung – um einen dynamischen und individuell ablaufenden Vorgang handelt (vgl. Dantschke / Köhler 2013, 191).

5.3.4. Ebenen der Deradikalisierung

Auf welchen Ebenen findet die Deradikalisierung statt?

Aufbauend auf den Begriffserläuterungen und der Darstellung unterschiedlicher Modelle der Deradikalisierung werden im Folgenden die verschiedenen Ebenen vorgestellt, auf denen eine Deradikalisierung stattfindet. Nach Daniel Köhler muss jedes Präventions- und Deradikalisierungsprogramm diese bei der praktischen Arbeit einbeziehen (vgl. Köhler 2013, 186; Rabasa et al. 2010, 42). Sowohl der Radikalisierungs- als auch der Deradikalisierungsprozess können hinsichtlich dieser Wirkungsebenen aufgeschlüsselt werden (vgl. web[12]).

1. Affektive Ebene

Die affektive Ebene beschäftigt sich mit den emotionalen Bedürfnissen einer Person. Da das extremistische Milieu ein Gefühl der Zugehörigkeit und Anerkennung vermittelt (vgl. Nordbruch et al. 2014, 368; Keller 2004, 75), müssen alternative Bezugsgruppen aktiviert werden, um den Deradikalisierungsprozess vorantreiben zu können. Dies sorgt für eine emotio-

nale Unterstützung der radikalisierten Person außerhalb des extremistischen Milieus (vgl. Köhler 2017, 188). Des Weiteren ist die Ideologie, nicht aber die Person, abzulehnen. Der betroffenen Person muss das Gefühl vermittelt werden, mit ihren Bedürfnissen ernst genommen zu werden (vgl. web[3]). Dies wiederum kann wichtige Impulse für das Erkennen möglicher Alternativen geben und eine Empfänglichkeit für kritische Fragen ermöglichen (vgl. web[12]).

„Dieses ‚Ernstnehmen' […] führt dazu, dass sich die betroffenen jungen Menschen als Person angenommen fühlen und sich somit für pädagogische Themen wie Biographie, Diskriminationserfahrungen, Lebenskrisen und kritische Lebensereignisse öffnen können. Erst dann wird es möglich, die Hintergründe und Ursachen der individuellen Radikalisierungsverläufe zu bearbeiten" (web[11]).

2. Pragmatische Ebene

Die pragmatische Ebene umfasst das Anbieten von Ausstiegsmöglichkeiten. Diese seien notwendig, da die extremistische Ideologie eine Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft forciere (vgl. web[12]). Ohne die Sicherheit, von der Familie und/oder dem sozialen Umfeld bei einem Ausstieg aus dem extremistischen Milieu aufgefangen zu werden, laufen Ausstiegswillige Gefahr, in eine weitere soziale Isolation zu geraten. Um diese Ausstiegskosten zu minimieren, ist die Arbeit mit der Familie ein wichtiger Aspekt der Deradikalisierungsarbeit (vgl. Köhler 2017, 187). Ausgehend von der pragmatischen Ebene können familiäre und soziale Integrationsmaßnahmen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Deradikalisierungsarbeit identifiziert werden (vgl. web[11]).

3. Ideologische Ebene

Die ideologische Ebene der Deradikalisierungsarbeit beschäftigt sich mit der Entkräftigung von Deutungsmustern und Narrativen extremistischer Gruppierungen. In diesem Zusammenhang müssen der radikalisierten Person die Widersprüche innerhalb der extremistischen Ideologie aufgezeigt werden, um sie auf diese Weise mit kritischen Fragen zu konfrontieren (vgl. web[12]).

Einige Expert*innen betonen, dass die Effektivität der Deradikalisierungsarbeit höher sei, sobald die ideologische Ebene einbezogen werde, da sich diese mit in die Persönlichkeit aufgenommenen Ansichten beschäftige. Ideologische Überzeugungsarbeit beinhaltet immer auch das Ziel, eine Entwicklung bzw. Veränderung der Identität zu erreichen. Daniel Köhler hebt hervor, dass gerade die Familie als „living counter-narrative" (Köhler 2017, 186), übersetzt „lebende Gegenerzählungen", den ideologischen Deutungsrahmen des Extremismus brechen könne (vgl. Köhler 2013, 186; Gadd 2006, 180). Wichtig ist zudem das Einnehmen einer Verstehensperspektive bei der Deradikalisierungsarbeit. Es muss nach dem vermeintlichen Nutzen des radikalen Verhaltens gefragt werden, um diesen in einem nächsten Schritt widerlegen zu können (vgl. web[3]).

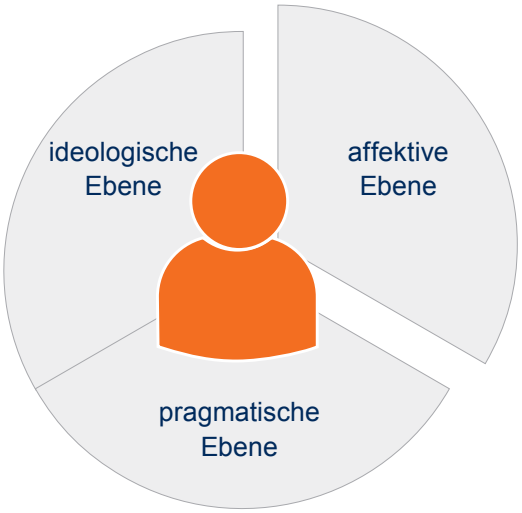


Abbildung 18: Ebenen der Deradikalisierungsarbeit, Quelle: Eigendarstellung

Auf zwei Aspekte ist bezüglich der Arbeit auf der ideologischen Ebene hinzuweisen: Einerseits bedeutet ideologische Überzeugungsarbeit nicht, intensive Diskussionen zu führen, welche radikalisierte Personen dazu bringen, ihre extremen Ansichten zu verfestigen. Nach Daniel Köhler ist es ratsamer, Personen aus dem Umfeld darin zu schulen, Konflikte durch Kompromisse zu schlichten (vgl. Köhler 2013, 187). Andererseits ist zu beachten, dass am Anfang des Radikalisierungsprozesses bei der Mehrzahl der sich radikalisierenden Personen keine verfestigte Ideologisierung festgestellt werden konnte (vgl. Eilers et al. 2015, 33f.). Die Berücksichtigung der ideologischen Ebene muss demnach bei Personen mit niedrigem Radikalisierungsgrad weniger fokussiert werden (vgl. Gruber/Lützinger 2017, 23f.). Je intensiver die Ideologie bereits internalisiert wurde, desto schwieriger ist die Auseinandersetzung auf dieser Ebene (vgl. web[11]).

Sowohl bei der Deradikalisierung als auch bei der Prävention können die verschiedenen Ebenen wichtige Impulse für die Ausgestaltung der praktischen Arbeit geben. Im Folgenden werden nun einige inhaltliche Schwerpunkte der Deradikalisierungsarbeit beschrieben

5.3.5. Inhaltliche Schwerpunkte der Deradikalisierung

Was sind inhaltliche Schwerpunkte der Deradikalisierungsarbeit?

Peter Neumann verweist auf den Zusammenhang von möglichen Radikalisierungsmotiven und dem Eintreten einer Deradikalisierung. Die Schwierigkeit liegt darin, herauszuarbeiten, welche Faktoren eine Radikalisierung begünstigt haben, um diese umkehren zu können (vgl. Neumann 2013, 8). Auch Thomas Mücke betont, dass die Beachtung von Attraktivitätsmomenten der extremistischen Szene den Deradikalisierungsprozess nachhaltig beeinflussen könne. Es ist daher nicht überraschend, dass sich die Schwerpunkte der Deradikalisierungsarbeit an verschiedenen Radikalisierungsmotiven orientieren (vgl. web[11]).

Vertrauen

Das extremistische Milieu verspricht, losgelöst von nationalen und ethnischen Kriterien, Geborgenheit. Gerade Jugendliche, welche auf der Suche nach Anerkennung und der eigenen Identität sind, können in der extremistischen Gruppe eine Art Zuflucht finden (vgl. Waldmann 2009, 113; Dantschke 2014, 480). Die Herstellung einer Vertrauensbeziehung zwischen den Fachkräften der Deradikalisierungsarbeit und der radikalisierten Person ist zwingend notwendig, da ohne sie die emotionalen Bedürfnisse der*des Betroffenen nicht zu befriedigen sind (vgl. web[11]).

Zweifel

Motiviert durch den Wunsch, etwas Gutes zu tun, schließen sich gerade junge Menschen extremistischen Gruppierungen an (vgl. Logvinov 2017, 71). Auf Grundlage der entwickelten Vertrauensbasis und durch gezieltes Nachfragen wird im Rahmen der Deradikalisierungsarbeit eine Verunsicherung bezüglich des extremistischen Gedankenguts forciert. Mit Hilfe dieser Entzauberung der Legitimation von Gewalttaten soll eine Selbst- und Fremdgefährdung vermieden werden (vgl. ebd.).

Toleranz

Ein weiteres Radikalisierungsmotiv ist der Wunsch nach einer klaren Orientierung durch eindeutige Vorgaben. Nach Benno Hafeneger stellt das extremistische Milieu für viele scheinbar einen Anker der Eindeutigkeit dar. Freund-Feind-Darstellungen würden durch charismatische Autoritäten konstruiert und mit Hilfe der Gehorsamkeitsdoktrin in den Köpfen der Jugendlichen verankert (vgl. Hafeneger 2015, 12 f.). Insbesondere durch die Entwicklung eines toleranten Verhaltens gegenüber Widersprüchlichkeiten und durch die Förderung der eigenständigen Entscheidungsfindung wird eine Loslösung von der extremistischen Ideologie angestrebt. Nicht durch eine Angstideologie, sondern durch den respektvollen Umgang mit verschiedenen Erklärungsansätzen sollen Personen zu einer Neudefinition ihrer Einstellungen veranlasst werden. Im Kontext der Islamismusprävention ist dies allerdings keineswegs als generelle Abkehr vom Islam zu begreifen (vgl. web[11]).

Verstehen

Einige Studien verweisen auf den Zusammenhang zwischen einer „Radikalisierung und vorgelagerten Erfahrungen des Scheiterns in anderen Lebensbereichen (z. B. Arbeitslosigkeit, Scheidung, Kriminalität), Gefühlen von Benachteiligung, Entfremdung und Marginalisierung in der Gesellschaft“ (Buschborn 2015, 25). Zum einen verdeutlicht dies, dass dem „Lebensweg der radikalisierten Personen eine Reihe an negativen Erfahrungen, Emotionen und Wertungen gemeinsam“ (ebd.) ist. Zum anderen wird die Vielfalt der Beweggründe deutlich. Im Rahmen der Deradikalisierungsarbeit ist daher die Methode des biographischen Verstehens zu berücksichtigen. Es müssen Selbsterkenntnisprozesse initiiert werden, um die Hintergründe für das extremistische Verhalten zu verstehen (vgl. web[11]).

Aufgrund der Vielfältigkeit der Hintergrundkonstellationen ist ein Mehrebenenansatz anzuwenden, welcher eine fallbezogene Differenzierung ermöglicht. Teil dieses Ansatzes ist bei der Aufnahme der Beratung immer eine Fallanamnese, welche die relevanten Ursachen- und Problemdimensionen herausarbeitet (vgl. web[3]). Die Deradikalisierungsarbeit versucht letztend-

lich zusammen mit der betroffenen Person, einen persönlichen Zukunftsplan zu entwickeln (vgl. web[11]).

Ähnlich der inhaltlichen Ausrichtung der Präventionsarbeit greift die Deradikalisierungsarbeit ebenso auf verschiedene Inhalte, Formate sowie pädagogische Herangehensweisen zurück.

5.4. Evaluation der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

Wo steht die Radikalisierungs- und Deradikalisierungsforschung aktuell?

Im Bereich der Grundlagenforschung zum demokratiefeindlichen Radikalisierungsprozess sowie bei der Evaluation der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit bestehen erhebliche Lücken in der Forschung. Um einen Eindruck vom bisherigen Forschungsstand zu erhalten, werden hier Evaluationsmaßnahmen kurz dargestellt und offene Fragen thematisiert.

Evaluationsmaßnahmen

Kritisch zu bewerten ist das niedrige methodische Niveau vorhandener Evaluationen im Bereich der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. Der Übersicht von Marcus Kober zufolge wurden im Bereich der Islamismusprävention nur im Fall von sieben Präventionsprojekten Evaluationen in Form von Primärberichten veröffentlicht. Positive Auswirkungen dieser Projekte konnten im Rahmen der Evaluationen nur in Bezug auf die Ermittlung von Wissenszuwächsen oder die Beurteilung der Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmer*innen nachgewiesen werden. Dies wurde durch Selbsteinschätzungen der Teilnehmer*innen oder durch die Bewertung von internen Projektbeteiligten belegt (vgl. Kober 2017, 231 f.).

Wirksamkeitsanalysen

Wissenschaftlich fundierte Aussagen zur Wirksamkeit der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit lassen sich auf Grundlage der dürftigen Forschung nicht treffen (vgl. ebd., 233). Folglich besteht eine enorme Unklarheit in Bezug auf die Erfolgskriterien für eine effektive Prävention und Deradikalisierung. Götz Nordbruch stellt fest, dass die „Ansichten darüber, welche Annahmen und Ansätze für die Prävention von extremistischen und Gewalt propagierenden Positionen und Verhaltensweisen Erfolg versprechend sind“ (Nordbruch 2013, 5), weit auseinandergehen.

1. Einsatz von Tandems

Einige Autor*innen heben den Einsatz von Tandems, welche multikonfessionell und -kulturell angelegt sind, positiv hervor. Diese würden die Identifikationsmöglichkeiten für die Teilnehmer*innen der Projekte sowie die Authentizität der Verantwortlichen erhöhen (vgl. Hayes 2013, 26 f.; Kober 2017, 233 f.).

2. Projektlaufzeit

In diesem Zusammenhang wird die Befristung vieler Projekte kritisiert. Die Verknüpfung der Beratungsarbeit auf der affektiven, pragmatischen und ideolo-

gischen Ebene sowie die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen vor Ort benötigt Zeit, weshalb eine temporäre Finanzierung kontraproduktiv ist (vgl. Kober 2017, 235).

3. Zugang zu Evaluationsergebnissen

Trotz der Tatsache, dass Expert*innen wiederholt versuchen, Erfolgskriterien zu benennen, fehlt es der wissenschaftlichen Analyse an zugänglichen Informationen über bereits erprobte Ansätze. Vieles ist nur als Graue Literatur existent (vgl. Gruber/Lützinger 2017, 36). Als solche bezeichnet man Dokumente, die nicht durch einen Verlag publiziert sind und meist nur bei den zuständigen Institutionen angefragt werden können. Dies erschwert die „Professionalisierung und Weiterentwicklung in diesem Arbeitsgebiet“ (Kober 2017, 236). Lernprozesse und Vergleiche zwischen verschiedenen Ansätzen sind so nicht möglich (vgl. Gruber/Lützinger 2017, 36; Köhler 2017, 188).

Weitere Knackpunkte

Ein weiteres grundsätzliches Problem, welches neben der fehlenden Verfügbarkeit von Informationen mögliche Analysen erschwert, ist der zeitliche Horizont. Unmittelbare Effekte, wie z. B. der Wissenszuwachs auf Seiten der Teilnehmer*innen, können leichter nachvollzogen werden als die Langzeitauswirkungen von Maßnahmen zur Förderung der Ambiguitätstoleranz (vgl. Kober 2017, 240). Die Frage nach geeigneten Kontrollgruppen kann ebenso wenig beantwortet werden, wie die nach einheitlichen Wirksamkeitsindikatoren (vgl. ebd., 241f.).

Abschließend soll betont werden, dass die Etablierung einer Fehlerkultur die Verbreitung von Evaluationsergebnissen erleichtern würde. Es sind keine Forschungen zum Abbruch von präventiven sowie deradikalisierenden Maßnahmen vorhanden. Misslungene Prozesse und nicht bedachte Nebenfolgen werden komplett vernachlässigt, um den Erhalt von Fördergeldern nicht zu gefährden (vgl. Kober 2017, 250).

Im Rahmen ihrer Analyse bringen Florian Gruber und Saskia Lützinger den wissenschaftlichen Stand der Evaluationen im Bereich der Extremismusprävention folgendermaßen auf den Punkt:

*„Insgesamt werden Evaluationen zwar bei einem nicht unerheblichen Anteil an Projekten durchgeführt, sie werden jedoch in aller Regel nicht veröffentlicht und sind auch auf Nachfrage hin nicht zugänglich. Es gälte daher, die Hürden zu identifizieren, die einer Veröffentlichung von Ergebnissen im Weg stehen. In Kombination mit einem Mangel an systematischen Bedarfserhebungen erweckt dieser Umstand den Eindruck, dass Extremismusprävention hierzulande Gefahr läuft, Ausdruck (tagespolitischen) Interesses zu werden und stark vom öffentlichen Druck medialer Inszenierungen zur (mutmaßlichen) Gefahr der jeweiligen Extremist[*inn]en getrieben zu werden“ (Gruber/Lützinger 2017, 36).*

5.5. Weiterführendes Material

In der Reportage „Der IS-Rückkehrer“ des NDR erzählt ein Aussteiger, wie und weshalb er sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen hat und wann die Zweifel an der dschihadistischen Ideologie kamen. Er beteuert, dass er Teil der Gesellschaft sein sowie Verantwortung für seine Taten übernehmen möchte.

Im „Dossier Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung findet sich die Rubrik „Ausstieg“. Hier erzählen Aussteiger*innen der rechtsextremistischen Szene von den Gründen ihrer Radikalisierung und von ihrem Ausstieg. Außerdem finden sich hier Beiträge zur Deradikalisierungsarbeit, welche pädagogische Methoden aufzeigen und Anlaufstellen benennen.

Die „ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH“ möchte mit der Initiative „EXIT-Deutschland“, Personen den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus erleichtern bzw. diesen unterstützen. Die Initiator*innen sind z. T. selbst ehemalige Anhänger*innen radikaler oder extremistischer Ideologien. In dem Journal „EXIT-Deutschland – Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur“ werden Fachartikel zu pädagogischen Herangehensweisen und Deradikalisierungsprozessen veröffentlicht.

Der Beitrag „Zurück aus dem ‚Kalifat‘“ von Claudia Dantschke et al. ist dem Journal EXIT-Deutschland entnommen. Die Autor*innen berichten von Nadja Ramadan, die sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen hatte und nach Syrien gereist war. Aufgrund der Verschlechterung der Situation vor Ort unternahm sie einen Fluchtversuch, wurde allerdings von syrischen Kurdengruppen festgenommen.

Literaturverzeichnis

Abou Taam, Marwan (2014): **Salafismus in Deutschland – Eine Herausforderung für die Demokratie.** In: Internationale Zeitschrift für Strafrechtsdogmatik, 9/2014, S. 442–449.

Altier, Mary B./Thoroughgood, Christian N./Horgan, John G. (2014): **Turning away from terrorism. Lessons from Psychology, sociology and criminology.** In: Journal of Peace Research, 51 (5), S. 647–661.

Ashour, Omar (2009): **The De-Radicalization of Jihadists. Transforming armed Islamist movements.** Routledge Verlag: London.

Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (2013): **Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention.** Springer SV Verlag: Wiesbaden.

Dantschke, Claudia (2014): **Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt. Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?** In: Said, Behnam T. / Fouad, Hazim (Hrsg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Herder Verlag: Freiburg, S. 474–502.

Dantschke, Claudia/Köhler, Daniel (2013): **Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen sowie erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat.** In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 01/2013, S. 184–199.

Dechesne, Mark (2011): **Deradizalisation. Not soft, but strategic.** In: Crime Law Soc Change, 55/2011, S. 287–292.

Deutsche Islamkonferenz (2012): **Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“.** Bundesministerium des Innern: Berlin.

Eckert, Roland (2013): **Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Deradikalisierung, 63 (29–31), S. 11–17.

Eilers, Franziska/Gruber, Florian/Kemmesies, Uwe (2015): **Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG).** Bundeskriminalamt: Wiesbaden.

El-Said, Hamed (2016): **From Countering to Preventing Violent Extremism.** In: Intervention. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik: Preventing Radicalization, 07/2016, S. 16–18.

Fahim, Amir A. (2013): **Migrationshintergrund und biografische Belastungen als Analysekriterien von Radikalisierungsprozessen junger Muslime in Deutschland.** In: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Deutsches Jugendinstitut e. V. Außenstelle Halle (Saale): Leipzig, S. 40–46.

Fouad, Hazim/Taubert, André (2014): **Salafismusprävention zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Trägern.** In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamistisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag: Bielefeld, S. 403–413.

Gadd, David (2006): **The role of recognition in the desistance process. A case analysis of a former far-right activist.** In: Theoretical Criminology, 2/2006, S. 179–202.

Glaser, Michaela/Figlestahler, Carmen (2016): **Distanzierung vom gewaltorientierten Islamismus. Ansätze und Erfahrungen etablierter pädagogischer Praxis.** In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 3/2016, S. 259–265.

Gruber, Florian/Lützinger, Saskia (2017): **Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft.** Bundeskriminalamt: Wiesbaden.

Hafeneger, Benno (2015):**Islamismus, Salafismus, Dschihadismus. Überlegungen und Hinweise zum religiös motivierten Extremismus.** In: Sozial Extra, 02/2015, S. 10–15.

Hayes, Jenny (2013): **MAXIME Wedding – Modellprojekt zur Prävention von islamistischem Extremismus im Berliner Bezirk Wedding. Bericht der Prozessdokumentation.** Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e. V.: Berlin.

Herding, Maruta (2013): **Forschungslandschaft und zentrale Befunde zu radikalem Islam im Jugend-**

alter. In: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Deutsches Jugendinstitut e.V. Außenstelle Halle (Saale): Leipzig, S. 21–39.

Herding, Maruta / Langner, Joachim (2015): **Wie Jugendliche zu Islamisten werden.** In: DIJ Impulse. Jung und radikal. Politische Gewalt im Jugendalter, 1 / 2015, S. 14–17.

Inan, Alev (2017): **Jugendliche als Zielgruppe salafistischer Internetaktivität.** In: Toprak, Amhet / Weitzel, Gerrit (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekt, pädagogische Perspektiven. Springer Verlag: Wiesbaden, S. 103–117.

Keller, Jan (2004): **Biographien und Karrieren von Islamisten bzw. islamistischen Terroristen.** In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus, Ein Symposion des Bundesamtes für Verfassungsschutz, S. 74–76.

Kiefer, Michael (Hrsg.) (2013): **Dialog als Methode der Radikalisierungsprävention. Das Modellprojekt „Ibrahim trifft Abraham“.**

Kiefer, Michael (2015): **Auf dem Weg zur wissensbasierten Radikalisierungsprävention? Neosalafistische Mobilisierung und die Antworten von Staat und Zivilgesellschaft.** In: Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, 1 / 2015, S. 42–48.

Kober, Marcus (2017): **Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland.** In: Journal for Deradicalization, 11 / 2017, S. 219–256.

Köhler, Daniel (2013): **Family Counselling as Prevention and Intervention Tool Against Foreign Fighters. The German Hayat Programm.** In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 03 / 2013, S. 182–204.

Köhler, Daniel (2016): **Fachliche und praktische Anforderungen an Deradikalisierungsprogramme im islamistisch-dschihadistischen Bereich. Zum Stand der Diskussion und praktischen Umsetzbarkeit.** In: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015 / 16 (II). HS Bund: Brühl / Rheinland, S. 181–198.

Logvinov, Michail (2017): **Salafismus, Radikalisierung und terroristische Gewalt. Erklärungsansätze – Befunde – Kritik.** Springer VS Verlag: Wiesbaden.

Neumann, Peter (2010): **Prisons and terrorism. Radicalisation and de-radicalisation in 15 countries.** International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (IRCS): London.

Nordbruch, Götz (2013): **Überblick zu Präventionsprogrammen im Kontext „islamischer Extremismus“ im europäischen Ausland.** Deutsches Jugendinstitut e.V.: Halle.

Nordbruch, Götz / Müller, Jochen / Ünlü, Deniz (2014): **Salafismus als Ausweg? Zur Attraktivität des Salafismus unter Jugendlichen.** In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamistisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag: Bielefeld, S. 363–370.

Rabasa, Angel / Pettyjohn, Stacie / Ghez, Jeremy / Boucek, Christopher (2010): **Deradicalization Islamist Extremists.** RAND Corporation: Santa Monica.

Rusbult, Caryl (1980): **Commitment and satisfaction in romantic associations.** In: Journal of Experimental Social Psychology, 16 (2), S. 172–186.

Rusbult, Caryl (1983): **A longitudinal test of the investment model. The development and deterioration of satisfaction and commitment in heterosexual involvements.** In: Journal of Personality and Social Psychology, 45 (1), S. 101–117.

Rusbult, Caryl / Farrell, Dan (1983): **A longitudinal test of the investment model. The impact of job satisfaction, job commitment, and turnover of variations in heterosexual involvements.** In: Journal of Personality and Social Psychology, 45 (1), S. 101–117.

Schuck, Christoph (2016): **Zwischen gesellschaftlicher Re-Integration und Täuschungsmanövern. Gewaltverzichtsinitiativen militant-islamistischer Gruppen.** In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 9 / 2016, S. 343–362.

Steffen, Wiebke (2015a): **Prävention der salafistischen Radikalisierung. Eine Zustandsbeschreibung der Prävention des internationalen Terro-**

rismus in Deutschland (Teil1). In: Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, 4/2015, S. 10–17.

Steffen, Wiebke (2015b): **Prävention der salafistischen Radikalisierung (Teil 2).** In: Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, 4/2015, S. 52–56.

Steinberg, Guido (2013): **Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Deradikalisierung, 63 (29–32) , S. 17–25.

Stevens, Tim/Neumann, Peter (2009): **Countering Online Radicalisation. A Strategy for Action.** International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (IRCS): London.

Stumpf, Benedikt/Schreiber Tanja (2014): **Muslim 3.0. Ein prämiertes Modellprojekt zur Extremismusprävention und Identitätsbildung.** In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamistisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag: Bielefeld, S. 433–438.

Vidino, Lorenzo/Marone,Francesco/Entenmann, Eva (2017): **Fear Thy Neighbor. Radicalization and Jihadist Attacks in the West.** Ledizioni Publishing: Milano.

Waldmann, Peter (2009): **Radikalisierung in der Diaspora: Wie Islamisten im Westen zu Terroristen werden.** Murmann Verlag: Hamburg.

Walther, Eva (2014): **Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitätsbezogener Radikalisierung.** In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 9/2014, S. 393–401.

Internetquellen

web[1] [15.03.2023]
Bundesamt für Verfassungsschutz (2022):
Verfassungsschutzbericht 2021.
www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.pdf;jsessionid=3A34FDA3509CA8EA9C4A8BCB91034193.intranet241?__blob=publicationFile&v=6

web[2] [15.03.2023]
Bundesamt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023):
Bundestag berät Gesetzentwurf für ein Demokratiefördergesetz.
www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundestag-beraet-gesetzentwurf-fuer-ein-demokratiefoerdergesetz-222646

web[3] [15.03.2023]
Glaser, Michaela (2016): **Rechtsextremismus und Islamismus im Jugendalter. Was ist übertragbar, was ist spezifisch?**
www.bpb.de/themen/infodienst/239365/rechtsextremismus-und-islamismus-im-jugendalter/

web[4] [15.03.2023]
Bundesregierung (2016): **Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung.**
www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf

web[5] [15.03.2023]
Bundesministerium des Innern (2017): **Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus.**
www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/praeventionsprogramm-islamismus.pdf?__blob=publicationFile&v=3

web[6] [15.03.2023]
United Nations (2015): **Plan of Action to Prevent Violent Extremism. Report of the Secretary-General.**
www.un.org/sites/www.un.org.counterterrorism/files/plan_action.pdf

web[7] [15.03.2023]
Hans Seidel Stiftung (2017): **Radikalisierung und Extremismus. Eine Herausforderung für Demokratie und politische Bildung.**
www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2017-10_Radikalisierung.pdf

web[8] [15.03.2023]
Nordbruch, Götz (2015): **Alternativen zu salafistischen Angeboten aufzeigen. Ansätze der Prävention mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen.**
www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211580/ansaetze-der-praevention-mit-jugendlichen-und-jungen-erwachsenen

web[9] [15.03.2023]
Jugend Migrationsdienste (2023): **beraten-begleiten-bilden.**
www.jugendmigrationsdienste.de/

web[10] [15.03.2023]
Pro Prävention (2019): **Gute Praktiken und Herausforderungen von Radikalisierungsprävention im Kreis Offenbach.**
www.ufuq.de/bericht-zum-modellprojekt-pro-praevention-gegen-religioes-begruendeten-extremismus/

web[11] [23.03.2023]
Mücke, Thomas (2016): **Deradikalisierung im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Pädagogische Ansätze.**
www.bpb.de/themen/infodienst/218879/deradikalisierung-im-bereich-des-religioes-begruendeten-extremismus/

web[12] [23.03.2023]
Mansour, Ahmad (2014): **Salafistische Radikalisierung – und was man dagegen tun kann.**
www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/193521/salafistische-radikalisierung-und-was-man-dagegen-tun-kann/

web[13] [15.03.2023]
Köhler, Daniel (2016): **Eure Mudder! Die stärksten Verbündeten im Kampf gegen Radikalisierung sind die Familien der Dschihadisten.**
www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/eure-mudder-1584